

leicht war es etwas ironisch gemeint, als Herr v. Pappenheim auf die außerordentliche Inanspruchnahme des preussischen Ministerpräsidenten durch das Reich hinwies; denn es kann dem Vertreter der preussischen Konservativen kaum entgangen sein, daß Herr v. Bethmann-Hollweg im Reichstage ein ebenso seltener Gast wie im preussischen Abgeordnetenhaus ist. Man sieht überhaupt — so hat es Bülow eingeleitet — den verantwortlichen Staatsmann weder hier noch dort; das war unter Bismarck anders; denn dieser erschien sogar im Reichstage, um gewisse Interpellationen zu beantworten. Und heute? Ein Delbrück stottert einige ungeschickte Sätze „sagen wir einmal“ her, und die Sache ist aus.

Das Weisbuch über die Mannesmannschen Konzeptionen ist dem Reichstage zugegangen, nachdem die Gebrüder Mannesmann auch eine Denkschrift publiziert hatten. Viel Neues erfährt man in diesem Weisbuch nicht. Die Denkschrift räumt sogar selbst ein, daß der Sultan Mulay Hafid von dem Beschluß des diplomatischen Korps zu Tanger vom 20. August 1908 betreffs Vorlage des neuen Vergabegesetzes gar keine Kenntnis hatte, als er am 7. Oktober 1908 ein Vergabegesetz erließ und den Gebr. Mannesmann die bekannten Konzessionen verlieh. Damit sind diese Rechte als im guten Glauben erworbene, durchaus rechtmäßig zu betrachten, da ja bekanntlich auch den Mannesmanns der Beschluß vom 20. August 1908 erst 1909 von der Regierung mitgeteilt wurde. Im übrigen sucht die Denkschrift gegen die Mannesmanns Stimmung zu machen, indem sie deren angeblichen Mangel an Entgegenkommen gegen die „Union“ nachzuweisen sucht. Leider wird dabei nicht erwähnt, daß die Union überhaupt keine Mineralrechte in Marokko besitzt und die größere Hälfte der Mannesmann-Rechte nur deshalb beanspruchte, weil sie einige Erdarbeiten gemacht hatte, die den Anschein von Bergwerkunternehmungen hervorriefen sollten. Zur Befähigung der Rechtmäßigkeit werden im Weisbuch folgende drei Punkte hervorgehoben: 1. Das Mulay Hafidische Vergabegesetz sei zustande gekommen entgegen dem Beschluß des diplomatischen Korps, ein Vergabegesetz durch Herrn Pöschle auszuarbeiten zu lassen. Mit diesem Beschlusse sei zu bemerken: Zur Zeit dieses Beschlusses war Abdul Afis nicht mehr rechtmäßiger Herrscher von Marokko. Er war bereits abgesetzt und Mulay Hafid war rechtmäßiger Herrscher. v. Bar führt in seinem Nachtragssatzen aus, daß die Verbindlichkeiten, die Abdul Afis zu dieser Zeit eingegangen sei, daher nicht mehr rechtsverbindlich waren. Da die Voraussetzung der Rechtmäßigkeit dieses Beschlusses aber die Grundlage aller Ausführungen des Weisbuches bildet, so sollen mit dieser Voraussetzung auch alle daraus gezogenen Schlussfolgerungen. 2. Das Vergabegesetz sei ohne Mitwirkung des diplomatischen Korps in Tanger entstanden. Demgegenüber ist zu bemerken: Nach dem Urteil sämtlicher Rechtsanwender ist nach der Algerirasafte das diplomatische Korps bei der Mitwirkung des Vergabegesetzes nicht zuständig. Ein Beschluß des diplomatischen Korps, der die Afte hierin abändern wollte, konnte nur durch die Mitwirkung des rechtmäßigen Sultans gefaßt werden. 3. Das Gesetz sei bis auf den heutigen Tag geheim geblieben. Demgegenüber ist zu bemerken: daß zur Rechtmäßigkeit eines Gesetzes nach marokkanischem Rechte der Heberdruck des Sultansiegels genügt. Eine Veröffentlichung ist zur Rechtmäßigkeit keinesfalls notwendig. Auch die Algerirasafte wurde nur durch Heberdruck des Sultansiegels gültig und in Marokko nicht veröffentlicht. Außerdem hat der Sultan durch einen Regierungsakt das Vorhandensein der Konzession bekannt gegeben, indem er die Vollämter offiziell anwies, die aus den uns konzeptionierten Bergwerken geförderten Erze nicht zu verzollen. Außerdem haben die spanische, wie auch die französische Regierung den Beschluß des diplomatischen Korps später nicht mehr als rechtsverbindlich angesehen, da sie nach ihm auch ihrerseits beim Sultan Mulay Hafid Vergaberechte zu erwerben gesucht haben. Ferner hat die spanische Regierung auf Grund der Recht-Konzessionen angefangene Bergwerksausbauten bei Melilla durch die Spanier mit Waffengewalt beschützt. Ebenso hat die französische Regierung in der Umgegend von Uadja und die Beni Snassen unter dem Schutze ihrer Soldaten französische Unternehmer Bergbau treiben lassen. Aus diesen Tatsachen geht hervor, daß der Beschluß des diplomatischen Korps, der die Rechtmäßigkeit der Mannesmann-Konzessionen verhindern soll, von den übrigen Staaten nicht als rechtsverbindlich angesehen worden ist. Und die deutsche Regierung wäre demnach die einzige, die sich zum Schaden der deutschen Interessen an jenen rechtsungültigen Beschlüssen gebunden hält. Es will uns scheinen, daß das Auswärtige Amt mit dieser Denkschrift nicht Sieger bleibt, sondern daß es unterliegt. In den Kreisen der Reichstagsabgeordneten erwägt man die Einführung einer Subkommission, welche das Recht erhalten soll, Sachverständige zu vernehmen, so daß die Gebrüder Mannesmann den Vertretern des Auswärtigen Amtes selbst entgegenzutreten können und der Reichstag nicht einseitig informiert wird.

Die Generaldebatte zum Etat im preussischen Abgeordnetenhaus wurde am Dienstag zu Ende geführt, wobei von den Abg. P a c h n i c k e (frei. Ver.) und S c h m i e d i n g (nat-lib.) gegen das Zentrum angeklämpft wurde; aber der Abg. H e r o l d blieb die Antwort nicht schuldig. Er wies besonders den Nationalliberalen nach, daß sie den „Kampf gegen Rom“ proklamiert haben und daß er sich nur in der Abwehr befinden habe. Die Nervosität der liberalen Redner bleibt sehr bezeichnend.

Im preussischen Abgeordnetenhaus sprach Abg. Dr. P a c h n i c k e (frei. Ver.) u. a. folgendes: „Wir können es nicht billigen, wenn in der Frage der Schiffahrtsabgabe n von Preußen ein Druck auf die Bundesstaaten ausgeübt wird. Wer sichert uns schließlich vor ungebührlichen Gebührens? Jede Erhöhung der Schiffahrt auf den Strömen bedeutet eine Erhöhung für die Seeschiffahrt.“

Die Sozialdemokraten sind die schlimmsten Feinde der Koalitionsfreiheit. Das sagte ihnen gestern im Reichstage der Abgeordnete Dr. F l e i s c h e r (Zentr.) ins Gesicht, als Abgeordneter Sachse sich über die Heranziehung von Militär beim Mansfelder Bergarbeiterstreik beschwerte.

Dr. Fleischer stellte fest, daß die arbeitswilligen katholischen Arbeiter bei dem Streike ihres Lebens nicht mehr sicher gewesen seien, daß sie von den sozialdemokratischen Arbeitern terrorisiert worden seien, wie nie zuvor. Den Sozialdemokraten waren diese Feststellungen sehr unbequem; aber mit dem Worte „Lügen“, wofür sie vom Präsidenten zur Ordnung gerufen wurden, konnten sie dieselben nicht mehr aus der Welt schaffen. Mit Recht erklärte Abgeordneter Dr. Fleischer, daß die Sozialdemokraten, wenn sie einen anderen Verbund so sehr terrorisierten, nicht das Recht hätten, sich hier als Hüter der Koalitionsfreiheit aufzuspielen. Der Vertreter der katholischen Fachabteilungen sei nicht einmal in einer Versammlung zugelassen worden, um seinen Standpunkt darzulegen. Ebenso gefährlich, wie der Verrenter der Unternehmer sei das Draufgängertum der Streikorganisationen. Der Streik im Mansfelder sei von allen nichtsozialdemokratischen Organisationen verurteilt worden, und so habe der Streik auch mit einer absoluten Niederlage der Sozialdemokratie geendet. Die katholischen Arbeiter seien überzeugt, daß nur auf dem Wege der Ordnung eine Besserung ihrer Lage herbeigeführt werden könne. Diese Ausführungen riefen natürlich bei den Sozialdemokraten großen Lärm hervor, während denselben vom Zentrum lebhafter Beifall gezollt wurde.

Der Briefwechsel in Straßburg zwischen Regierung und Bischöfen ist beendet und ging aus wie das Hornberger Schlegeln: Die Bischöfe verteidigten mit Entschiedenheit die Freiheit des Hirtenamtes, der Statthalter suchte das Verhalten der Bureaufratte zu rechtfertigen. So bleibt in der Theorie der Zwiespalt. Aber dieses Schlegeln hat in der Praxis ein Echo gefunden: Es hat die Katholiken des Reiches aufgeweckt und man hat konstatiert, daß im neuen Kulturkampf der erste Schlag gefallen ist. Die „Staatsboheit“ will immer weiter vordringen und nimmt Gebiete für sich in Anspruch, wo sie selbst im Kulturkampf die Finger davon lieh. Katholiken, seid auf der Hut!

Ist das wahr? Aus bestunterrichteter Quelle erfahren wir, daß Statthalter Graf Bedel aus Anlaß der Niederlage des Sozialdemokraten Petros bei den Wahlen zum Landesauschuß in Straßburg sein persönliches Verhalten ansprach, daß dieser Kandidat nicht gewählt wurde. Beschah dies im Auftrage des Kaisers? Es ist auch festgestellt, daß Unterstaatssekretär Petri, der selbst als Wahlmann bei dieser Wahl im Bezirkstage tätig war, seine Stimme für den vorgenannten Sozialdemokraten abgegeben hat. Währens kann man in der Reichstagszeit zu Berlin erfahren! Wird nun Unterstaatssekretär Petri „im Interesse des Dienstes“ auch à la Rattowky an einen besseren Ort versetzt? — Beklerbid: Wo bleibt bei alledem der Staatssekretär Jörn von Uvach?

Nachdem die Ausrüstung der deutschen Kavallerie mit den neuen Karabinern nahezu beendet ist, soll in der nächsten Zeit mit der Ausgabe des neu eingeführten kurzen Seitengewehres an die Kavallerieregimenter begonnen werden.

#### Italien.

Italienische Zeitungen haben in jüngster Zeit behauptet, von Italien, England und Frankreich werde eine bewaffnete Intervention in Aebessinien vorbereitet und die Entsendung von italienischen Truppen nach Erträhra stehende bevor. Diese Mitteilungen sind jetzt amtlich dementiert worden. Die drei genannten Nachbarmächte Aebessiniens haben bekanntlich sich in dem Abkommen vom 13. Dezember 1906 über die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit Aebessiniens auf Grund des Status quo und des Prinzips der offenen Tür verpflichtet, bei etwa notwendiger Intervention in Aebessinien gemeinsam vorzugehen.

#### England.

In der Auslandspolitik stehen die englischen Neuwahlen in der ersten Linie. Niemand zweifelt, daß es den Unionisten gelingen wird, in die ungeborene Mehrheit, die den Liberalen bei den letzten allgemeinen Wahlen von 1906 zugefallen ist, Weiße zu legen. Aber die große Frage ist, ob es ihnen gelingen wird, mit ihrer Parole der Tarifreform und der Flottenvermehrung diese Mehrheit in eine Minderheit zu verwandeln. Wird es möglich sein, tatsächlich eine so große Wählerzahl in das konservative Lager herüberzuziehen, daß die Liberalen die 170 Sitze verlieren, die die Unionisten zum mindesten erobern müssen, um im künftigen Parlamente die herrschende Partei zu sein? Das englische Unterhaus zählt 670 Mitglieder, von denen 466 in England, 30 in Wales, 72 in Schottland und 103 in Irland gewählt werden. An dem Bestände der Parteien auf der grünen Insel, wo vier Fünftel der Mandate in den Händen der Nationalisten sind, wird sich wenig ändern; ebenso können Wales und ganz Schottland in der Hauptsache als sicherer Besitzstand der Liberalen angesehen werden. Von den Wahlen in England hängt also die Entscheidung ab. Infolge der Wahl von 1906 hatte die unionistische Mehrheit von 134 Stimmen (402 gegen 268) einer liberalen Majorität von nicht weniger als 356 (513 gegen 157) Platz gemacht, der größten, die die Geschichte des Parlamentes kennt. Durch die Nachwahlen der letzten Jahre hat sich diese Mehrheit auf 344 reduziert. Der Stand der Parteien bei Auflösung des Parlamentes war der folgende: Liberale (einschließlich 8 liberaler Gewerksvereiner) 373, Arbeiterpartei 46, Iren 83; diesen Mehrheitsparteien mit zusammen 502 Stimmen stand ein unionistischer Besitz von 168 Mandaten gegenüber. Die Majorität der Regierung betrug also 334 Stimmen. Um die Mehrheit zu erlangen, müßten die Konservativen genau 168 Sitze erobern, ihre Zahl mithin verdoppeln. Diese Hoffnungen werden sich nach der bisherigen Wahlergebnisse nicht erfüllen; aber die liberale Mehrheit geht auf vielleicht einige Duzend Stimmen zurück. Bis heute früh 12½ Uhr sind gewählt 120 Unionisten, 96 Liberale, 21 Mitglieder der Arbeiterpartei, 28 Nationalisten. Die Unionisten gewannen 62, die Liberale 9 Sitze. Die Arbeiterpartei gewann einen Sitz. In Dewsbury wurde der Unterrichtsminister Minchman, in Poplar Generalpostmeister Burton und in South Shields der Handelsminister Churchill gewählt.

#### Rußland.

Die Erkrankung der Zarin. Die Tatsache, daß kein Bulletin über das Befinden der Zarin veröffentlicht wird, gibt Hoffnung, daß sie nicht in unmittelbarer Lebensgefahr schwelgt. Aber private Mitteilungen und der Allgemein-

eindruck in Hoffkreisen bekräftigen die beunruhigenden Schlussfolgerungen, die man auf dem Sonnabend stattgehabten Konsultation der Ärzte gezogen hat. Da den Zeitungen verboten ist, andere als die offiziellen Nachrichten über die kaiserliche Familie zu veröffentlichen, weiß die russische Nation nichts von der Krankheit der Zarin.

#### Aus Stadt und Land.

Dresden, den 19. Januar 1910.

Die gestrige Sitzung der Zweiten Kammer war wiederum eine Dauer Sitzung von 7½ Stunden Länge. Die Debatte erstreckte sich hauptsächlich auf die Ausgabeposten für die Gesandtschaften, ferner über die Kapitel, betreffend das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts, das Evangelische Landeskonfistorium und die katholisch-geistlichen Behörden. Trotz der Länge der Sitzung boten die Ausführungen der einzelnen Redner nichts wesentlich Interessantes und Neues. Dagegen hatte die Sitzung selbst doch zwei interessante Momente zu verzeichnen und zwar ergriff Präsident Dr. Vogel noch vor Eintritt in die Tagesordnung das Wort, um auf einige Mitteilungen in auswärtigen Blättern hinzuweisen, nach denen er bei verschiedenen Beifalls- oder Mißfallenskundgebungen von der Tribüne aus nicht genügend eingegriffen habe. Er konstatierte im Enderständnis mit den übrigen Herren des Präsidiums, daß dies in einem Falle doch geschehen sei, daß jedoch auch die schlechte Akustik des Hauses und die Unruhe unter den Abgeordneten schuld seien, wenn er Zwischenrufe oder Kundgebungen von den Tribünen überhört habe. Wenn sich solche wiederholen sollten, sei er gewarnt, die Tribünen räumen zu lassen. Im übrigen ermahnte er die Mitglieder des Hauses, ihn bei der Aufrechterhaltung der Ordnung in demselben zu unterstützen. Weiter war eine Bemerkung des Abgeordneten Günther von besonderem Interesse, der ein Gerücht zur Sprache brachte, nach dem die sächsische Regierung nach einem Grunde suchen sollte, um die Auflösung der Kammer herbeizuführen und an die Stelle des zurücktretenden Finanzministers einen bekannten konservativen Führer zu setzen. Herr Staatsminister Dr. Wed widerlegte diese Mitteilungen, indem er sagte, daß weder ihm noch einer Stelle des Landes, auch nicht der höchsten, hiervon etwas bekannt sei. Der Abgeordnete Feld müßte sich ferner noch einen Ordnungsruf des Präsidenten gefallen lassen, worauf Abgeordneter Fleißner Herrn Dr. Vogel zurief, daß er sich doch nicht durch rechtsstehende Zeitungen schärfen lassen sollte. Präsident Dr. Vogel verbat sich selbstverständlich und mit vollem Rechte jede Kritik seiner Geschäftsführung. Abends ½ 6 Uhr endlich war die Dauer Sitzung beendet, worauf die einzelnen Deputationen noch zu Beratungen zusammentraten.

Protestkundgebung gegen den deutsch-portugiesischen Handelsvertrag. Die Ortsgruppe „Oberlausitz“ des Verbandes Sächsischer Industrieller, welche die größten Firmen der Oberlausitzer Textilindustrie mitumfaßt, trat in ihrer jetzt abgehaltenen Generalversammlung der vom Gesamtvorstande des Verbandes an dem deutsch-portugiesischen Handelsvertrag geübten scharfen Kritik in allen Punkten bei und stimmte dem für Ablehnung des Handelsvertrages plädierenden Beschlusse des Gesamtvorstandes zu.

Wir berichteten gestern, daß die Ansicht lauziert wurde, Oesterreich zeige sich jetzt geneigter, dem Verbot von fetten Preußen in der Frage der Schiffahrtsabgaben auf Grund von Zugeständnissen hin. Wir benutzten diese Nachricht dazu, die oesterreichlichen Abgabengegner zu veranlassen, ihre Regierung zu erneuter Erklärung aufzufordern. Jetzt wird uns nun aus den Kreisen der sächsischen Regierung mitgeteilt, daß nach den dort bestehenden Informationen es sich wahrscheinlich um das alte Spiel handle, was seit Jahren beibehalten worden ist, und das dahin geht, bald Sachsen, bald Oesterreich in ihrer Haltung durch die falsche Behauptung „dange zu machen“, daß der andere Staat an einen Umfall denke. Bezüglich der Niederlage liegt auch aller Grund in der Annahme vor, daß es sich durch keine auch noch so schöne Zusage verlocken lassen wird, das wertvolle Gut der freien Schiffahrt preiszugeben.

Kege Jankereien tischte der berühmte ehemalige Reichstagsabgeordnete A h l w a r d t seinen Zuhörern im Livoli (Dresden) am Freitag auf, nachdem, wie er sagte, die Polizei (ihm zehn Jahre lang das öffentliche Sprechen verboten hatte. Nach seinen Angaben, die er in von ihm nicht benannten böhmischen und bayerischen Bibliotheken gefunden haben will, sind zurzeit die Jesuiten, von denen er noch keinen gesehen hat, die großgeschäftlichen Macher. Die Reichsbank, die Deutsche Bank, die Dresdner Bank, die großen Zeitungsunternehmungen Scherls („Vokalangeiger“, „Der Tag“, „Die Gartenlaube“), die Großgeschäfte Ebers, Kayser-Kaffee usw., sie alle arbeiten mit jesuitischem Kapital und suchen den deutschen Mittelstand zu erwürgen. Hinter der tschechischen und polnischen Bewegung, das Deutschtum klein zu kriegen, stehen die Jesuiten. Wo ein Fürst oder ein Fürstentum, der Vorsitzende einer großen Vereinigung (Handlungsgehilfenverband, Landwirteverein, Hamburger Vereinsbank) eines plötzlichen Todes gestorben sei, hätten Jesuiten ihm Gift gegeben. Den ehrwürdigen Jesuitengeneral Vater Beck nannte Ahlwardt den Rörder eines Prinzen von Koburg. Auch ihm liefern die Jesuiten, in gründlicher Wissenschaft obenanstehend, aus aller Welt die unübertroffenen Aufschlüsselungen für Karl Rays Jugendchriften. Karl Ray, Max Erwer, Ahlwardts Freund und Helfer in der Rot, seien Jesuiten. Die Anfrage, ob er unter Jesuiten den vielgeschmähten Orden meine, bejahte Ahlwardt unver—jagt. Man sollte es nicht glauben, daß sich eine Gesellschaft von halbwegs gebildeten Männern und Frauen in Dresden den Kopf anstandslos und ohne Widerspruch bieten läßt, den dieser eitle Schwäger als Produkt seiner Forschungen vorzuzeigen wagt. In den nächsten Vorträgen stellt er weitere „Euthänkungen“ in Aussicht.

Wetterprognose des k. Königl. Sächs. Landeswetterwarte zu Dresden für den 19. Januar: Vom Böhmberg: Stille Schneedecke bis Annaberg, fetter, guter Weg. Räume froh mit Raufrost behangen.

Vom Nittelberg: Vormittags und nachmittags harter Nebel, aus Schiltbach bis in die Täler hinab, harter anhaltender Reif, großartiger Raufrost, Sonnenuntergang matt, Dämmerfärbung orange.